

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Bremen auf dem Weg zur Bürgerstadt

Für die Regierungskoalition ist die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ein wichtiges Politikfeld.

Bürgerschaftliches Engagement und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Politikgestaltung sind ein Schwerpunkt bremischer Politik in dieser Legislaturperiode. Die Herausforderungen der kommenden Jahre werden nur gemeinsam mit den Bremerinnen und Bremern gemeistert werden können. Menschen sollen motiviert werden, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv zu beteiligen. Deshalb werden die Möglichkeiten erleichtert, im Rahmen der direkten Demokratie unmittelbar Einfluss zu nehmen. Beiräterechte werden gestärkt und freiwilliges Engagement wird als wichtiger Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft weiterhin gefördert.

Vor diesem Hintergrund fragen wird den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Aussagen des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagements (BBE) in dessen Diskussionspapier „Zukunftstrends der Bürgergesellschaft“ von Oktober 2007 hinsichtlich
 - der Auswirkungen von Zukunftstrends unserer Gesellschaft auf Arbeitsmarkt- und Kommunalentwicklung, den demografischen Wandel, das soziale Miteinander sowie die Veränderung individueller Lebensstile,
 - der Voraussetzungen für gemeinwohlorientierte, freiwillige Tätigkeiten, damit Menschen ermutigt werden, sich für das Gemeinwesen zu engagieren,
 - des „Gewinns“, den die Kommune durch Investitionen in die Zukunft des Gemeinwesens hat,
 - des Vorschlags des BBE, Formen zur Kooperation von Bürgergesellschaft, politischen Mandatsträgern und Verwaltung im Sinne einer „Kompetenzpartnerschaft“ zu entwickeln und zu fördern?
2. Welche Sachverhalte oder Planungsgegenstände, die sich für gezielte Anregungen bürgerschaftlichen Engagements eignen könnten, sind bisher von der 2005 gebildeten ressortübergreifenden Arbeitsgruppe identifiziert worden?
3. Welche die Bürgerbeteiligung begünstigenden Rahmenbedingungen in der Verwaltung sind zusätzlich geschaffen worden oder sollen in dieser Legislaturperiode geschaffen werden?
4. Wie bewertet der Senat die Einführung eines Ehrenamtstickets bzw. andere Formen der Anerkennung als Ausdruck seiner Wertschätzung für bürgerschaftliches Engagement?
5. Wann wird der Senat Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an politischen und gesellschaftlichen Themen in Form von moderierten Foren auf www.bremen.de anbieten?

6. Wie beurteilt der Senat Organisation und Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements in Bremen im Vergleich mit anderen kommunalen Gebietskörperschaften, wie zum Beispiel Berlin-Lichtenberg, Hannover oder Essen?
7. Wird Bremen sich am nächsten Freiwilligensurvey – die regelmäßig im Auftrag des Bundesfamilienministeriums erstellte umfassende und detaillierte quantitative Untersuchung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland – beteiligen, um valide Daten für die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement in Bremen zu erhalten?
8. Ist das Thema Bürgerbeteiligung fester Bestandteil der Ausbildung für den öffentlichen Dienst? Inwieweit werden Fortbildungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes angeboten, tatsächlich durchgeführt und auch von den Beschäftigten wahrgenommen?

Renate Möbius,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dirk Schmidtman,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen